

Kritik vom Vorgänger
Der emeritierte Papst stellt sich in einer Frage des Zölibats gegen seinen Nachfolger. **3**

Zu Recht persifliert
Die Tennis spielenden Klimaaktivisten haben gegen die Credit Suisse einen Sieg errungen. **8**

Ein Quantensprung
Forscher haben eine Maschine entwickelt, die Leberpatienten neue Hoffnung gibt. **31**



Elisabeth Bronfen
Die Filmexpertin sagt, was am Kriegskino so fasziniert – anhand von Sam Mendes' «1917». **27**

AZ 3000 Bern 1

Hüsler Nest
Sonderverkauf
03. bis 18. Januar
Hüsler Nest Thun
Untere Hauptgasse 23
Tel. 033 222 35 75 | www.jenniag.ch

Der Bund

Dienstag, 14. Januar 2020 — 171. Jahrgang, Nr. 10 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Bern baut höher als das Münster

Stadtentwicklung In Ausserholligen plant EWB drei Hochhäuser. Dadurch wird im Monbijou ein grosses Areal frei. Ob sich die Hoffnung nach mehr Wohnraum im Zentrum erfüllt, ist aber fraglich.



Der höchste Turm soll 110 Meter, der mittlere 90 Meter und der kleinste 63 Meter hoch werden. Insgesamt sind 70 000 Quadratmeter Geschossfläche geplant. Foto: zvg

Naomi Jones

Der städtische Energieversorger EWB plant seinen neuen Hauptsitz in einem von drei neuen Hochhäusern in Ausserholligen. Das erste, in dem EWB auch seine Büros und die Infrastruktur unterbringen will, wird mit 110 Metern das höchste in der Stadt Bern sein und damit den Münsterturm um 10 Meter überragen. In den beiden kleineren Hochhäusern soll auch gewohnt werden. Etwa ein Viertel der Gesamtgeschoss-

fläche von 70 000 Quadratmetern ist für Wohnungen reserviert. Die Stadt hat vom Entwicklungsschwerpunkt im Wankdorf gelernt, wo ausschliesslich Arbeitsplätze geschaffen wurden. Von Freitagabend bis Montagmorgen sei es dort wie ausgestorben, sagte Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) gestern vor den Medien. «Das möchten wir in Ausserholligen verhindern.»

Das heute umzäunte Areal von EWB wird künftig öffentlich zugänglich sein. Nebst dem EWB-Hauptsitz und den

Wohnungen werden sich in den Hochhäusern weitere Dienstleister und Gewerbetreibende einmieten können. Zudem soll unter dem Autobahnviadukt ein öffentlicher Platz entstehen und mit Projekten belebt werden.

Was passiert mit dem freien Areal?

Durch den Umzug von EWB wird im Monbijou ein grosses Areal frei. Heute befinden sich dort in mehreren Gebäuden die Büros des Unternehmens. Nach dem Umzug wird das Areal in den Be-

sitz der Stadt Bern zurückgehen. Der Stadtpräsident hat bereits eine Vorstellung davon, was die Stadt damit anfangen will. Der Umzug von EWB ermöglicht nun Stadtentwicklung mitten in der Stadt an einem erstklassigen Standort. Von Graffenried wünscht sich dort «attraktive Nutzungen». Es stelle sich durchaus die Frage, ob die Stadt in den ehemaligen Büros Wohnungen bauen könne. Aber: «Den Nutzungsschwerpunkt werden Arbeitsplätze bilden», sagt er im Interview. **Seite 17**

Meinung & Analyse

«Giftige Abgase und überdüngte Böden wirken in einem begrenzten Raum.»

«Bund»-Kolumnist Michael Hermann über den Klimawandel und die Gründe, warum in gewissen Bereichen auch lokale Massnahmen eine grosse Wirkung haben können. **Seite 10**

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11

Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalstar), Mail: abo@derbund.ch



Krieg mit Schweizer Waffen

Jemen-Konflikt Mit Drohnen setzten jemenitische Rebellen am 14. September mithilfe des Iran das grösste Ölfeld Saudi Arabiens in Brand. Nun haben Sicherheitsforscher nachgewiesen, dass das Königreich die Anlagen von Abqaiq mit Schweizer Luftabwehrkanonen zu schützen versuchte. Bis zu drei Skyguard-Systeme haben Fachleute mithilfe von Satellitenbildern um Abqaiq nachgewiesen. Die Kanonen der Schweizer Rheinmetall-Tochter Oerlikon Con-

traves nehmen damit im saudiarabischen Verteidigungsdispositiv im Jemen-Konflikt eine wichtigere Rolle ein als bisher bekannt. Das erklärt, warum das Königreich in der Schweiz viel Druck aufsetzte, um Ersatzteile für die Geschütze zu erhalten. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee fordert mit der Korrekturinitiative ein Verbot jeglicher Lieferungen von Kriegsmaterial an Länder wie Saudi Arabien. (red) **Seite 9, Kommentar rechts**

Heute im «Bund»

Es bleiben offene Fragen

Britisches Königshaus Die Königsfamilie hat sich zu einer Krisensitzung getroffen. Die Queen akzeptiert den Rückzug von Enkel Harry und dessen Frau. **Seite 4**

Zwölf denkwürdige Momente

Lauberhorn-Rennen Der Klassiker feiert seine 90. Austragung. Da sammelt sich viel Unvergessliches an. Wir präsentieren eine kleine Auswahl. **Seite 16**

Ökonom fordert eine wirksame Steuer auf Fleischkonsum

Klimaschutz Für Ökonomen weltweit ist klar, dass sich der Klimawandel nicht ohne Lenkungsabgaben einschränken lässt. Nicht nur Benzin oder Flugtickets müssten teurer werden, sondern auch Fleisch oder Milch, wie der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Ernst Fehr im Interview betont: «Die Kosten für die Umwelt müssen eingepreist werden.» Sämtliche Waren sollten entsprechend ihren Klimaemissionen mehr kosten. Die Klimasteuer müsse so hoch sein, dass der Konsum schädlicher Produkte zurückgehe.

Auch Nationalrat und GLP-Präsident Jürg Grossen unterstützt diese Forderung: «Eine allgemeine Klimabgabe muss kommen, das ist klar.» Eingeführt werden müsse sie allerdings in kleinen Schritten. «Wir dürfen die Bevölkerung nicht überfordern», sagt der Berner. In der Vergangenheit seien zwar schon mehrere Anläufe für Klima- und Energieabgaben gescheitert. Inzwischen habe der Zeitgeist jedoch gedreht. (red) **Seite 11**

Service

Börse	12	Leserbriefe	25
Todesanzeigen	20/30	Wetter	25
TV/Radio	24	Berner Kultur	28

Kommentar

Wir Kriegsgehilfen der Saudis

Weit über 100 000 Kinder sind seit Ausbruch der Kämpfe um den Jemen getötet worden. Sie alle wurden Opfer eines Kriegs, den Saudi Arabien auch dank Schweizer Hilfe führen konnte und kann. Wie Recherchen zeigen, kamen Schweizer Waffen letzten Herbst in einer Schlacht um ein saudisches Ölfeld zum Einsatz. Es handelte sich um Flugabwehrkanonen, entstanden in hiesigen Fabriken.

Wann immer irgendwo auf der Welt Schweizer Kanonen donnern, folgen als Echo sogleich die Relativierungen. Bürgerliche Politiker wollen in dem Kampfeinsatz kein Problem erkennen: Es sei das gute Recht der Saudis, ihre Ölfelder gegen jemenitische und iranische Drohnen zu verteidigen. Doch die penible Unterscheidung zwischen verwerflicher Aggression und legitimer Abwehr funktioniert in Kriegen nur selten – und im Falle Saudi Arabiens überhaupt nicht. Selbst wenn die Schweizer Systeme nicht direkt für Angriffe im Jemen eingesetzt werden: Mit seinen Waffenlieferungen hat sich unser Land als kleines Rädchen in die ebenso komplexe wie brutale saudische Kriegsmaschinerie eingepasst. Dass der Ölstaat mit seinem absolutistischen Königshaus und seinem Steinzeit-Islam die Menschenrechte auch abseits kriegerischer Fronten aufs Schlimmste missachtet, daran darf in diesem Zusammenhang auch mal wieder erinnert werden.

Gewiss: Die Schweiz ist im internationalen Vergleich bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial eher restriktiv. Und die Exporte nach Saudi Arabien wurden in den letzten Jahren eingeschränkt. Doch sie sind noch nicht dort, wo sie sein sollten: bei exakt null Komma null. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee macht nun mit einer Volksinitiative Druck für eine schärfere Praxis, und sie hat recht damit. Befremdlich wirkt es dagegen, wenn «gleich lange Spiesse» für die Schweizer Rüstungsindustrie angemahnt werden – in einem Land, das als Depositarstaat wichtiger Konventionen des humanitären Völkerrechts fungiert. Rechte Politiker beschwören die Schweiz gern als Sonderfall. Beim Waffenexport wäre dieser für einmal wirklich angebracht.

Fabian Renz

Leiter Bundeshausredaktion

Hans Grunder sieht die BDP am Ende

Parteilpolitik Der Berner Alt-Nationalrat Hans Grunder gehörte 2008 zu den BDP-Gründungsmitgliedern. Die Abspaltung von der SVP bereut er nicht. Die Energie- und Klima-Debatte wäre ohne die BDP so nicht möglich gewesen, sagt er. Doch nun sei das Ende nah. Die BDP hätte sich seiner Meinung nach in die FDP integrieren müssen. Kantonalpräsident Jan Gnägi hat keine Freude an den Worten des ersten BDP-Präsidenten. (cab) **Seite 19**